

Nieder-Olm. „Sehr viele Beteiligte haben jahrelang auf dieses Moment hingearbeitet.“ Bei der katholischen Kindertagesstätte

Förderprogramm des Bundes. Um bei der Durchführung des Gesetzesanspruchs auf Kita-Plätze zu helfen hat der Bund dem Kreis

416 000 Euro an das Zwergenhaus und 312 000 Euro an die Kita St. Georg.

wohl Adams, als auch die zweite Kreisbeigeordnete Dorothea Schäfer (CDU) und Pfarrer Hubert Hilsbos lobten die erfolgrei-

endlich los?“, bevor sie den Spatenstich durchführen durften. Das neue Zwergenhaus wird zweigeschossig, barrierefrei und

Land ist momentan noch anig. Der Einzug in den Ne ist für den 1. August 201 plant.

HA 24.8.2013

Zunächst keine Bürgerbefragung geplant

ZWANGSFUSION Wackernheimer Ortsgemeinderat für Aufschub des Gesetzentwurfs zur Gebietsreform und für Gespräche mit Ingelheim

Von Michael Güthlein

WACKERNHEIM. Der Ortsgemeinderat hat sich auf eine Stellungnahme zur Kommunal- und Verwaltungsreform geeinigt. In der Sitzung stimmte die Mehrheit dafür, die Landesregierung um Aufschub des Gesetzentwurfs zur Zwangsfusion mit Budenheim bis 2019 zu bitten. In der Zwischenzeit wolle man in Verhandlungen mit Ingelheim treten, um eine mögliche Eingemeindung als Alternative zur neuen Verwaltungsgemeinschaft mit Budenheim zu diskutieren. Die SPD stellte sich geschlos-

sen gegen die Stellungnahme, unterlag jedoch mit sieben zu zehn Stimmen. Zuvor lehnte der Rat einen Antrag der Sozialdemokraten ab. Die Fraktion hatte darin gefordert, die Ortsgemeinde solle keine gesonderte Stellungnahme abgeben, sondern sich der Stellungnahme der Verbandsgemeinde Heidesheim anschließen, die eine Zwangsfusion ebenfalls ablehnt. Weiterhin wollten sie eine Bürgerbefragung im Rahmen der Bundestagswahl am 22. September durchsetzen. Die Befragung sollte klären, ob eine Mehrheit der Einwohner für oder gegen eine

Eingemeindung nach Ingelheim ist.

„Für einen Bürgerentscheid wäre eine Vorbereitung von drei Monaten notwendig. Per Briefwahl müsste ein Vorlauf von etwa sechs Wochen veranschlagt werden“, äußerte sich Verbandsgemeindebürgermeister Joachim Borrmann (SPD). Der Rat entschied mit zehn zu sieben Stimmen gegen den Antrag.

Stattdessen wurde einem fraktionsübergreifenden Antrag von FWG, CDU, Grünen und Bürgerliste, die Stellungnahme um einige Punkte zu ergänzen. Dabei handelte es sich um den

Vorschlag zur Gründung einer Arbeitsgruppe „Kommunalreform“. In dieser sollen Bürger unter neutraler Moderation Vor- und Nachteile der verschiedenen Optionen diskutieren und mögliche Bürgerbeteiligungen erörtern.

Weitere Infoveranstaltungen

Auch solle die Möglichkeit einer Bürgerbefragung weiterhin offen gehalten werden, wie die Unionsfraktion hinzufügte. „Wir stimmen einer Bürgerbefragung prinzipiell zu, nur der Zeitpunkt während der Bundestagswahl ist

nicht gut gewählt“, äußerte sich Thomas Oppenberg (CDU). Sandra Keller (CDU) forderte außerdem weitere Informationsveranstaltungen, um den Bürgern die Konsequenzen einer Eingemeindung nach Ingelheim zu verdeutlichen.

Hintergrund der Stellungnahme ist ein von der Landesregierung Mitte Juni vorgelegter Gesetzentwurf. Dieser sieht die Zwangsfusion zu einer neuen Verbandsgemeinde, bestehend aus Wackernheim, Heidesheim und Budenheim, zum 1. Juli 2014 vor. Die Gemeinde Budenheim stellt sich vehement gegen

diese Fusion, da sie vor allem finanzielle Einbußen befürchtet. Die Ortsgemeinde Wackernheim hat bis zum 27. August Zeit, die Stellungnahme zu reichen. Nachdem der heimer Stadtrat in einer Sitzung am 1. Juli Verhandlungssache zur Eingemeindung liiert hatte, ist auch diese Fusion wieder auf dem Tisch. Den kommenden Woche hat die Landesregierung eine scheidung fällen. „Ich bin an, dass das noch im Herbst schehen wird“, vermutet bürgermeisterin Sybille (FWG).